

## **Bericht des Vorstands der Zumbobel AG über den Ausschluss des Bezugsrechts zu Tagesordnungspunkt 6 der 38. ordentlichen Hauptversammlung**

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Zumbobel AG (die „Gesellschaft“) beabsichtigen, der Hauptversammlung unter Tagesordnungspunkt 6 einen Beschluss vorzuschlagen, mit dem der Vorstand ermächtigt wird, mit Zustimmung des Aufsichtsrats innerhalb von fünf Jahren ab Eintragung dieser Satzungsänderung in das Firmenbuch das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu weitere EUR 10.875.000,- durch Ausgabe von bis zu 4.350.000 Stück neuen, auf Inhaber lautenden nennbetragslose Stückaktien zum Mindestausgabekurs von 100% (einhundert Prozent) des anteiligen Betrages am Grundkapital gegen Bar- oder Sacheinlage, auch in mehreren Tranchen und auch im Wege des mittelbaren Bezugsrechts gemäß § 153 Abs 6 AktG, zu erhöhen und den Ausgabekurs sowie die Ausgabebedingungen festzusetzen (genehmigtes Kapital) und das Bezugsrecht der Aktionäre auf die aus dem genehmigten Kapital ausgegebenen neuen Aktien auszuschließen („Genehmigtes Kapital 2014“).

Der Vorstand erstattet entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen gemäß §§ 170 Abs 2 iVm 153 Abs 4 AktG über den möglichen Ausschluss des Bezugsrechtes den nachfolgenden

### **BERICHT:**

Der im Rahmen der beantragten Ermächtigung mögliche Bezugsrechtsausschluss bei Kapitalerhöhungen im Ausmaß von 10% des bestehenden Grundkapitals liegt aus folgenden Gründen im Interesse der Gesellschaft:

1. In Umsetzung ihrer Geschäftspolitik und Unternehmensstrategie erwirbt die Gesellschaft Investitions- und Akquisitionenobjekte, die im Geschäftsfeld der Gesellschaft tätig sind oder bei denen eine Beteiligung etwa aus strategischen oder operativen Gründen für die Gesellschaft interessant sein könnte. Die Praxis zeigt, dass Eigentümer von für die Gesellschaft attraktiven Investitions- und Akquisitionenobjekten in vielen Fällen nur dann zu einer Veräußerung bereit sind, wenn sie als Gegenleistung ausschließlich oder doch zum Teil Aktien an der Gesellschaft erhalten. In solchen Fällen kann die Gesellschaft überhaupt nur dann das für sie interessante Investitions- oder Akquisitionenobjekt erwerben, wenn sie dem (potentiellen) Veräußerer des betreffenden Investitions- oder Akquisitionenobjekts (neue) Aktien als Gegenleistung anbieten kann.

Umgekehrt kann es aus Sicht der Gesellschaft vorteilhaft sein, den Erwerb des Investitions- oder Akquisitionenobjekts gegen Ausgabe (neuer) Aktien durchzuführen. So

vermeidet etwa die Bezahlung des Erwerbspreises durch neue Aktien anstelle von Geld den Abfluss von Liquidität. Beim Erwerb durch Sacheinlage kommt es bei der Gesellschaft als Erwerber zu keinem Liquiditätsabfluss, sondern – im Gegenteil – zu einer Erhöhung des Eigenkapitals. Dieses Interesse kann für die Gesellschaft auch bei Einlage einer Forderung gegen die Gesellschaft gegen Ausgabe neuer Aktien bestehen.

Letztlich ist es in diesen Konstellationen erforderlich, dass die Gesellschaft in der Lage ist, dem Veräußerer des Investitions- oder Akquisitionsobjekts als Gegenleistung Aktien der Gesellschaft zu gewähren. Dies kann die Gesellschaft dadurch erreichen, dass sie das Grundkapital der Gesellschaft gegen Sacheinlage unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre erhöht und die neuen Aktien als Gegenleistung an den Sacheinleger (= Veräußerer des Investitions- oder Akquisitionsobjekts) emittiert.

2. Die Erfahrung zeigt, dass es, um sämtliche Marktangebote für die Gesellschaft optimal nutzen und für die Gesellschaft interessante Transaktionen durchführen zu können, unerlässlich ist, dass die Gesellschaften auf sich bietende Marktchancen flexibel und rasch reagieren kann. Die Lichtindustrie befindet sich in einer Phase dynamischer Veränderung, insbesondere hinsichtlich des technologischen Wandels zu LED und intelligenter Lichtsteuerung. Im Interesse der Aktionäre soll die Gesellschaft in die Lage versetzt werden, schnell und flexibel handeln zu können und von Chancen des Technologiewandels, unter anderem durch mögliche Akquisitionen, profitieren zu können. Dies setzt unter anderem notwendig voraus, dass die Kapitalerhöhung rasch durchgeführt wird, wodurch in der Regel die Möglichkeit, den Erwerb der Sacheinlage bzw die Sachkapitalerhöhung mit einer Barkapitalerhöhung in der einen oder anderen Weise zu „kombinieren“, die keinen Bezugsrechtsausschluss bei der Sachkapitalerhöhung erfordert, ausscheidet. Es muss daher das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre bei Sachkapitalerhöhungen ausgeschlossen sein, damit der Vorstand tatsächlich alle sich bietenden Marktchancen optimal und zum Vorteil der Gesellschaft und somit auch zum Vorteil der Aktionäre der Gesellschaft nutzen kann.
3. Die Wahrung der Interessen der Aktionäre der Gesellschaft ist dadurch sichergestellt, dass beim Erwerb der Sacheinlage eine verhältnismäßige Gewährung von Aktien stattfindet. Der Wert der einzubringenden Sacheinlage wird dem Wert der Gesellschaft gegenüber gestellt. In diesem Verhältnis erhält der Sacheinleger neue Aktien der Gesellschaft. Die Sacheinlage wird zudem durch einen gerichtlich bestellten Sacheinlageprüfer geprüft; diese Prüfung soll die Wertäquivalenz von Sacheinlage und ausgegebene Aktien gewährleisten. Sollte sich nachträglich herausstellen, dass das Wertverhältnis bei der Sacheinlage doch nicht richtig festgelegt wurde, so kann die

Gesellschaft im Einzelfall gegen den Sacheinleger die Differenzhaftung geltend machen.

4. Ferner soll das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen werden können, wenn die neuen Aktien bei Barkapitalerhöhungen zu einem Betrag ausgegeben werden, der den Börsenpreis nicht wesentlich unterschreitet. Diese Ermächtigung versetzt die Gesellschaft in die Lage, Marktchancen in ihren verschiedenen Geschäftsfeldern schnell und flexibel zu nutzen und einen hierbei entstehenden Kapitalbedarf gegebenenfalls auch sehr kurzfristig zu decken, ohne in diesem Zusammenhang bestehende Bankkreditlinien in Anspruch nehmen zu müssen. Der Ausschluss des Bezugsrechts ermöglicht dabei nicht nur ein zeitnahes Agieren, sondern auch eine Platzierung der Aktien zu einem börsenkursnahen Preis, also ohne den bei Bezugsrechtsemissionen zumeist erforderlichen Abschlag. Dies führt in der Regel zu höheren Emissionserlösen zum Wohl der Gesellschaft. Zusätzlich kann mit einer derartigen Platzierung die gezielte Gewinnung neuer institutioneller (auch strategischer) Aktionäre, zB potentieller Kooperationspartner der Gesellschaft deren Beteiligung an der Gesellschaft aus strategischen oder operativen Überlegungen im Interesse der Gesellschaft liegt und die die Zusammenarbeit von einer Beteiligung abhängig machen, erzielt werden.
5. Der Vorstand wird die Ermächtigung zur Kapitalerhöhung unter gänzlichem oder teilweisem Bezugsrechtsausschluss nur dann ausnutzen, wenn die beschriebenen sowie alle gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Da es sich bei der vorgeschlagenen Ermächtigung um eine Ermächtigung zum Bezugsrechtsausschluss (und keinen Direktausschluss des Bezugsrechts) handelt, kann dieser Bericht freilich nicht auf konkrete Transaktionen eingehen. Die sachliche Rechtfertigung des Bezugsrechtsausschluss muss bei Ausübung der Ermächtigung unter Berücksichtigung des Rahmens, der durch diesen Bericht vorgegeben ist, im Hinblick auf die konkrete Transaktion bestehen.
6. Im Hinblick auf die Dauer des genehmigten Kapitals von fünf Jahren können gegenwärtig keine Angaben zum Ausgabebetrag der neuen Aktien gemacht werden, weil dies sowohl von der Entwicklung der Gesellschaft als auch von der Kursentwicklung der Aktien der Gesellschaft abhängt. Der Ausgabebetrag für die neuen Aktien wird vom Vorstand aber unter voller Berücksichtigung der Interessen der Gesellschaft und der Aktionäre festgelegt werden.
7. Zusammenfassend stellt der Vorstand der Gesellschaft fest, dass aus den oben beschriebenen Gründen der Bezugsrechtsausschluss im Falle einer Kapitalerhöhung aus dem genehmigten Kapital allen Aktionären zugute kommt und der Bezugsrechtsausschluss innerhalb der beschriebenen Grenzen erforderlich, geeignet, an-

gemessen und im überwiegenden Interesse der Gesellschaft sachlich gerechtfertigt und geboten ist.

8. Der Beschluss über die Ausnutzung des Genehmigten Kapital 2014 bedarf zudem der Zustimmung des Aufsichtsrats der Gesellschaft. Der Vorstand ist gesetzlich verpflichtet, zwei Wochen vor Zustandekommen des Aufsichtsratsbeschlusses, mit dem der Aufsichtsrat den konkreten Bezugsrechtsausschluss genehmigt, nochmals einen Bericht über den im Rahmen der Ausübung des Genehmigten Kapitals 2014 allenfalls beabsichtigten Bezugsrechtsausschluss zu erstatten, in dem die Gründe für den Bezugsrechtsausschluss konkret anzugeben und darzulegen sind. Dieser Bericht des Vorstands ist spätestens zwei Wochen vor Zustandekommen des Aufsichtsratsbeschlusses zu veröffentlichen.

Dornbirn, im Juni 2014

Der Vorstand der ZUMTOBEL AG